se. Wie leicht die Inanspruchnahme des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung für die Betroffenen zu einem Lotteriespiel geraten kann, belegen auch statistische Daten: Während nach Angaben des Verteidigungsministeriums im ersten Halbjahr 1981 insgesamt 49,8 Prozent der Anträge auf Bundesebene positiv beschieden wurden, liegt die Anerkennungsquote etwa in Unterfranken bei nur 27,4 Prozent.

„Das gegenwärtige Verfahren", räumt selbst der CDU-Abgeordnete und zuständige Fraktionsexperte Hermann Kroll-Schlüter ein, „ist unzureichend. Es muß geändert werden."

Das meinen die Politiker seit zehn Jahren; es geschieht aber nichts. Im Parlament finden sich zwar ungewohnte Koalitionen, aber keine Parteienkonstellation war bisher stark genug, das unwürdige parteipolitische Gezerre zu beenden. Denn die Sozialliberalen brauchen über den Bundesrat das Plazet der Union.

Prüfer und Politiker zanken sich darum, wieweit das Gewissen von 18jährigen überhaupt vom Staat kontrolliert werden könne und ob das Recht auf Wehrdienstverweigerung nicht sanktionierte Drückebergerei sei.

Das Bundesverfassungsgericht fällte 1978 ein salomonisches Urteil: Es hob zwar die von der Koalition eingeführte „Kriegsdienstverweigerung per Postkarte" auf. Zugleich stellten die Karlsruher Richter dem Gesetzgeber frei, auch künftig Gewissen vor Ausschüssen zu prüfen oder aber „die Ausgestaltung des Ersatzdienstes als einzige Probe auf die Gewissensentscheidung" zuzulassen.

Eine mögliche Lösung könne sein, „den Zivildienst bis auf 24 Monate zu verlängern, so daß er der Dauer des Wehrdienstes einschließlich der . . . Wehrübungen voll entspricht". Seither dient der Richterspruch den Befürwortern eines längeren Zivildienstes als Rechtfertigung.

Die Christdemokraten hatten auf ihrem Hamburger Parteitag 1981 den Startschuß für einen neuen Einigungsversuch gegeben. Mit Mehrheit stimmten die Delegierten einem Antrag zu, wonach eine Gewissensprüfung entbehrlich sei, sofern eine Verlängerung des Zivildienstes von 16 auf 21 Monate das Gewissen genügend auf die Probe stelle.

„In langen Gesprächen" hatte vorher der Vorsitzende der Jungen Union und Mitinitiator des Antrags, Matthias Wissmann, auch Helmut Kohl für den Beschluß gewonnen. Der Parteichef: „Es muß versucht werden, hier etwas zu bewegen, und zwar in der richtigen Richtung."

Die scheint noch nicht gefunden. In einem interfraktionellen Gespräch Anfang Dezember kamen die Parteiunterhändler aus allen Fraktionen überein, bis zur Osterpause ihre Vorstellungen über eine Neuordnung zu entwickeln; aber auch nach Ostern ist es damit nicht weit her. Denn die Christdemokraten hatten offensichtlich den erbitterten Widerstand ihres christlich-sozialen Fraktionspartners unterschätzt.

Der Hamburger Parteitagsbeschluß, moserte der Bonner CSU-Landesgruppenchef Friedrich Zimmermann, sei schließlich Sache der CDU. Die CSU ihrerseits werde am bisherigen Anerkennungsverfahren festhalten.

Auch innerhalb der CDU gibt es noch Widerstand gegen die Abschaffung der Gewissensprüfung. „Wir haben", distanziert sich der Verteidigungsexperte der Christdemokraten, Manfred Wörner, von dem Hamburger Beschluß, „nicht das imperative Mandat."



Prüfungsgegner Schröder
Einigung nur auf Koalitionslinie

Deshalb bleiben die Vorschläge der Unions-Fraktion hinter den Forderungen der Parteibasis weit zurück. „Auf ein förmliches Verfahren", bekennt Kroll-Schlüter, „können wir nicht verzichten." Gleichwohl befürworte die CDU-Fraktion, „darüber besteht Einigkeit", eine Verlängerung des Zivildienstes um sechs Monate.

Das Angebot der CDU, sowohl Gewissensprüfung als auch Verlängerung des Ersatzdienstes, würde eine Verschärfung der bisherigen Regelung bedeuten. Dazu aber sind die Linken in der Koalition nicht bereit.

Die SPD-Fraktion will erreichen, daß künftig Verweigerer lediglich „schriftlich und individuell gegenüber der zuständigen Stelle" ihre Absicht kundtun müssen; dies freilich dürfe nicht bedeuten, so Ex-Juso-Chef Gerhard Schröder, daß sie sich rechtfertigen müssen. In der Fraktion, betont Schröder, hätten alle der ersatzlosen Streichung der Gewissensprüfung zugestimmt – freilich um den Preis, daß der Zivildienst von derzeit 16 um drei auf 19 Monate verlängert werde.

Damit liegt die SPD auf der Linie der Freidemokraten, die sich schon im Dezember für eine Abschaffung der Gewissensprüfung und eine Verlängerung des Ersatzdienstes auf 19 Monate ausgesprochen hatten.

Warum es bei der Koalition gerade 19 und bei der CDU unbedingt 21 Monate sein müssen, weiß von den Parlamentariern keiner so recht zu begründen. Man müsse eben, so die Vorsitzende der FDP-Arbeitsgruppe Zivildienst, Irmgard Adam-Schwaetzer, „eine bestimmte Größe greifen". SPD-Experte Günter Biermann: „Das ist eine gegriffene Größe."

Die Union verweist auf zusätzliche Belastungen der Reservisten durch Wehrübungen, doch fehlen Statistiken, wie lang im Durchschnitt solche Übungen tatsächlich dauern.

Hinter dem Streit um die Prüfung und dem Verlangen nach längerem Zivildienst vermutet der Vorsitzende der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, Pastor Ulrich Finckh, ganz andere Interessen: Es würden angesichts der für die zweite Hälfte der 80er Jahre erwarteten Personalprobleme der Bundeswehr „Menschenrechte den Militärinteressen untergeordnet". Für ihn wäre die Verlängerung schlicht „eine Geiselnahme zur Abschreckung".

Erst einmal dürfte das parlamentarische „Trauerspiel" („Süddeutsche Zeitung") weitergehen. „In diesem Jahr", weissagt Sozialdemokrat Biermann, „funktioniert das nicht mehr."

ALTERNATIVE

Opa Ökopax

Hans Paasche, ein Alternativer der Jahrhundertwende, gilt neuerdings „als Vorläufer der heutigen Umweltschutzbewegung", gleichsam als einer der ersten Grünen.

Was der Aussteiger vermißte, wo er auch hinsah, war Kritik: „eine Kritik der Volkswirtschaft, eine Kritik des Konsums, Kritik des Verkehrs".

„Die wahren Bedürfnisse des Menschen", so zürnte er, „werden nicht erkannt und werden verachtet." Schuld daran: „unsere volkswirtschaftlichen Lehrer", die „in Bewunderung vor wachsenden Ziffern" nur immer „fragen, wie die Einfuhr, die Ausfuhr, der Gesamthandel eines Landes steigt, wie viele Kilometer Eisenbahn jährlich vor-

geschoben werden . . . Sie nennen das Fortschritt".

Empört schrieb er von der „Schmach, die Handel, Industrie und Verkehr dem Antlitz der Erde zugefügt haben"; Vokabeln wie Ökologie, Atomkraft, Startbahn West hätten gerade noch gefehlt in solchen Texten. Auch sprayte der Alternative seine Parolen nicht an Mauern – Sprühdosen gab es noch nicht zu kaufen.

Ansonsten hatte Hans Paasche, geboren 1881 in Rostock, alles Zeug zu einem Protestmacher von heute: „Er trotzte". erinnert sich ein Zeitgenosse, „den herrschenden gesellschaftlichen Sitten. Er machte ständig Popaganda, für dies und jenes, und oft in provokatorischer Weise."

Kein Wunder demnach, daß Paasche, laut Tucholsky „ein Idealist, ein Wahrheitsfreund, ein weißer Rabe", nun aus der historischen Versenkung geholt worden ist – „als Vorläufer der heutigen Umweltschutzbewegung", so der Bremer Historiker Helmut Donat, der dem Ur-Typ, der „sich für fast jede soziale Ungerechtigkeit persönlich verantwortlich fühlte, solange er nicht gegen sie gekämpft hatte", gleich ein ganzes Buch widmete*.

Donat, 34, sieht zwar „keine grüne Kontinuität" von Paasche her durch die Geschichte bis heute, aber daß einer, der sogar die „Unsitte des Bekleidens" beklagte, zumindest alternativ war, „das könnte man so sagen". Vor allem, so Donat, habe Paasche schon zu Großväter-Zeiten den Zusammenhang zwischen Ökologie und Pazifismus hergestellt, beides sogar „vereinigt"; Bonner Politikern ist die aktuelle Spielart dieser Strömung unter dem Kürzel „Ökopax" geläufig.

Paasche, Sohn eines nationalliberalen Professors, der es zum Vizepräsidenten des Reichstags brachte, begann seine grüne Karriere bei den blauen Jungs. Auf Seiner Majestät Kreuzer „Bussard" schiffte er nach Deutsch-Ostafrika, wo aufständische Eingeborene zu bekämpfen waren. Doch Paasche war „anders als die Scharfmacher", „verachtete alles Waffentragen" und begriff: „Krieg ist etwas, was nicht mehr sein darf."

So schlich sich Paasche zwar in Elefantenherden ein, spürte auch Löwen und Nashörnern nach, schoß aber meist nur mit dem Photoapparat. Schon 1908 quittierte er als Kapitänleutnant den Dienst und heiratete eine reiche Dame.

Statt in der kaiserlichen Marine wurde Paasche in einem „Bund für radikale Ethik" aktiv, gründete ein Lebensreform-Blatt „Der Vortrupp", für das er Artikel wie „Volkserziehung im Schnee" und „Der reine Teint" verfaßte und formulierte auch den „Abstinenten-Bund deutscher Offiziere" – schon als Seekadett hatte er seinem Kapitän beim Trinkspruch auf den Kaiser mit einem Glas Wasser zugeprostet. „Er überschlug sich", urteilte ein Paasche-Freund, „in seinem Kampfe für Hohes und Edles geradezu bis zur Borniertheit."

Er tat es für Vögel und für Robben, und er rief sogar bereits „der Sache nach", so Historiker Donat, zur Gründung von Wohngemeinschaften auf. Paasche verwarf das Rauchen, das er „Rauchstinken" nannte, das Skatspiel und den Fleischgenuß: Statt den „gesalzenen Hintern einer Schweineleiche", köstlichen Schinken also, bestellte er selbst in feinen Restaurants nichts als Wasser, Schwarzbrot, Apfelbrei, und, wenn es hochkam, einen Pfannkuchen.

„Das Wanderlied erschallt, die Zupfgeige klingt", schwärmte er. Doch dann kam der Krieg. Paasche machte es kurz: Nachdem man ihn auf den Leuchtturm „Roter Sand", dann auf ein Minenschiff, schließlich als Kompaniechef nach Wilhelmshaven kommandiert hatte, wurde der „unbequeme Geist" (Donat) bereits 1916 nach Hause geschickt, auf sein Gut „Waldfrieden" in der Neumark.

Dort ließ er am 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, die Trikolore hissen und die Marseillaise singen. Wegen Aufforderung zum Hochverrat wurde ihm 1917 der Prozeß gemacht, das Verfahren dann aber abgebrochen. Paasche, angeblich im „Zustand krankhafter Geistestätigkeit", kam in ein Nervensanatorium nach Berlin-Grunewald.

Ein Jahr lang blieb den Freunden nur die Erinnerung an den abenteuerlichen Kumpanen, der beim Spaziergang urplötzlich auf Bäume zu springen pflegte, auch mal ein Stück des Weges auf Händen lief, sich hippiehaft Blümchen zwischen die Zehen steckte und im Schabernack die Nachbarvilla eines Verwandten hausbesetzte.

Pünktlich am 9. November 1918 aber, von Matrosen befreit, war Paasche wieder da, sprang auf einen Tisch, rief: „Ich heiße Paasche, war Seeoffizier und bin Revolutionär" und wurde in das oberste Vollzugsorgan des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats gewählt. Doch ihm verlief die Revolution nicht gründlich genug, und da auch noch seine Frau starb, retirierte er abermals nach „Waldfrieden".

Soldaten des Reichswehr-Schützenregiments 4, die nach versteckten Waffen suchten, erschossen ihn dort, am 21. Mai 1920, „auf der Flucht". Paasche trug Badehose. ◆





Früh-Alternativer Paasche (1905 als Kapitänleutnant in Ostafrika): „Die wahren Bedürfnisse des Menschen werden verachtet"

* Helmut Donat (Hgb.): „Auf der Flucht erschossen . . ." Selbstverlag; 308 Seiten; 18 Mark.